



Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Ercheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inlande 1,65 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Abnahme 30 bei der Oberamtskanzlei Neuenbürg Zwillingen Wildbad. — Druckerei: Hirschmüller-Verlag Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart.
Anzeigenpreise: Im Anzeigenteil die einseitige 46 mm breite Zeile 10 Pf. Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellengesuche 8 Pf. im Textteil die 20 mm breite Zeile 12 Pf. — Abgabe nach vorgeschriebenem Tarif. — Inhalt der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Kantonsfällen oder wenn gerichtliche Vernehmung notwendig wird, fällt jede Nachzahlung weg.
Druck, Verlag u. verantw. Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Schw., Wilhelmstr. 36, Tel. 479. — Wohnung: Villa Sabertus

Das „Recht“ des Gegenplans

Der französische Gegenplan zum großzügigen deutschen Friedensplan ist in Genf jetzt bekanntgegeben worden. Er bringt gegenüber dem schon vorher Gemeldeten nichts wesentlich Neues. Es bleibt bei den Anleihen aus dem Gedankengut des einstigen Genfer Protokolls, des Briandischen Paneuropaplanes, des Memorandums von Herriot und Paul-Boncour. Daß alle diese Bestandteile zu einem organischen und konstruktiven Ganzen zusammengefaßt wären, läßt sich beim besten Willen nicht behaupten.

Im übrigen lehrt schon ein flüchtiger Blick in das Dokument, daß dieser Gegenplan durch Widersprüche in seinem Gefüge geprengt wird. Da wird z. B. als einer der Hauptpunkte die Anerkennung der Rechtsgleichheit und der Unabhängigkeit aller Staaten in den Vordergrund gerückt. Daneben aber steht die Forderung der Respektierung der vertraglichen Verpflichtungen. Man sollte sich in Paris daran erinnern, welche „vertraglichen Verpflichtungen“ man im Jahre 1919 mit auf die Brust geleiteter Pistole den unterlegenen Staaten aufzwang. Sie sind ausnahmslos auf die Verweigerung der Rechtsgleichheit abgestellt. Will man sie jetzt anerkennen, dann kann man nicht gleichzeitig Respektierung der Verträge verlangen, die — das muß immer wieder gesagt werden — keine freien vertraglichen Abmachungen waren, sondern Zwangsdiiktate.

Wenn dann die französische Denkschrift von der Lösung aller Konflikte nach einem allgemeiner verbindlichen internationalen Recht spricht, so ist auch hier wieder zu sagen, daß nach französischer Auffassung dieses internationale Recht in jenen Verträgen codifiziert sein soll. Dieses „Recht“, auf Grund dessen im Falle von Meinungsverschiedenheiten geurteilt werden soll, ist aber im höheren Sinne kein Recht.

Beschränkung der Rüstungen zur Vermeidung der Hegemonie stärkerer Völker über die schwächeren. Auch diese Forderung steht in der französischen Denkschrift. Ist hier den französischen Staatsmännern ein lichter Moment der Selbsterkenntnis gekommen und beabsichtigen sie die gewaltige Rüstung, die Frankreich sich mit seinem Heer, seinen Befestigungen und seinen Militärbündnissen zulegte, um seine Hegemonie über Europa aufzurichten zu können, wieder abzustreifen?

Gegen das in der Denkschrift zum soundsovielten Male ausgewärmte Kollektivsystem ist erneut einzuwenden, daß es auf dem Prinzip des unbedingten Interventionsrechtes beruht, und damit nicht Sicherheit schafft, wie der deutsche Plan es will, sondern die Sicherheit Europas dauernd gefährdet.

Im „Völkischen Beobachter“ schreibt Walther Schmitt, daß die Merkmale der Antwort der Pariser Regierung auf den deutschen Friedensplan leider negativ seien. „In ganz klar ausgebauten und sich logisch ergänzenden Einzelpunkten“, so fährt Walther Schmitt fort, „hat die deutsche Regierung ihren Friedensplan formuliert und der Weltöffentlichkeit unterbreitet. Was wir heute aus Paris als Antwort hören, ist ein fast endloser Phrasenschaal, mit dem offenbar jede konkrete Einzelheit zerbettelt werden soll. Diese Note ist ein Schulbeispiel für den Pariser Geist, wie er mit schiefen Rechtsinterpretierungen und falschem moralischen Schwulst seit den Jahren des Krieges über Europa logert. Die französische Antwort erklärt, niemand verweigere Deutschland die Gleichberechtigung. Der Geist der Pariser Note ist aber eine einseitige derartige Verweigerung.“

In der Berliner „Börzenzeitung“ heißt es: Schon der Ton, in dem die Dokumente gehalten sind, zeigt zur Genüge, daß die französischen Staatsmänner von heute nicht mit der Zeit gegangen sind, sondern daß sie glauben, noch im Tone Clemenceaus und Poincarés mit uns verfahren zu können. Wir sind überzeugt, daß schon durch diese Keußerlichkeit Frankreich nur dazu beiträgt, die wachsende Verständigungslosigkeit aufgestörter Völker gegenüber der französischen Versocktheit noch zu verstärken und das Verständnis für die internationale Nützlichkeit der deutschen Initiative vom 31. März noch zu hegen. Nirgends in den französischen Gegenanschlägen verspüren wir den Willen, die Entwicklung zum Guten vorwärts zu treiben, überall aber die Absicht, beim Rückwärtigen, Ueberlebten, Schlechten und Unfruchtbareren zu verharren — sofern es nur den französischen, von Moskau unterstützten Machtansprüchen gegen sie dienlich ist. Es ist selbstverständlich, daß solche Gegenanschläge für uns undiskutabel sind.

Die „D.Z.“ erklärt: Wir müssen irgendwo an die Tatsachen heran und man kann an diese Tatsachen nicht herantommen, wenn man Projekte wieder aufnimmt, die sich durch die internationalen Disjunktionen der letzten 10 bis 15 Jahre als völlig gegenstandslos, zukunftslos und hoffnungslos erwiesen haben. Dies scheint aber in der Tat der Kernpunkt der französischen Pläne zu sein.

Der „Berliner Völkische Anzeiger“ fährt aus: Frankreich bleibt bis an die Zähne mit seinen Paragrafen, seinen Ansprüchen, seinem Sicherheitswahn und seinem Dünkel gerüstet. Paris will

den großmütigen deutschen Friedensplan als ganzen nicht, sondern klammert sich an Einzelheiten um so die Haltung des Reiches zu bewerten. Die Denkschrift hinterläßt einen peinlichen Eindruck. Was enthält aber der Pariser Gegenplan? Es wirkt fast wie Hohn, wenn die Erklärung feierlich mit dem französischen Willen zu einem Frieden mit allen beginnt, einem Frieden der Gleichberechtigung, des Vertrauens und der Ehre. Und dann werden diese Grundzüge im Einzelnen entwickelt, aber müssen das nicht leere Worte bleiben, solange der ehrliche Geist der Verständigung fehlt? Frankreich hat gesprochen, es hat nicht viel Neues gebracht, und trotzdem können sich die Völker damit nicht begnügen, sie müssen weiter. Wir glauben, daß die Pariser Dokumente den Fortschritt zum Frieden nicht aufhalten werden.

Die „Kreuzzeitung“ sagt: Frankreichs Antwort enttäuscht. Sie bleibt, ohne auf die große Linie der Befriedung Europas einzugehen, in kleinlichen und nebensächlichen Dingen, über die die Tatsachen des Weltgeschehens längst hinweggeschritten sind, stehen. Deutschland hat Frankreich seine Hand gereicht, aber sie wurde mit kalter Geste zurückgeschoben. Das ist bedauerlich. Denn es geht in diesem Streit, der nicht durch unjere Schuld entstanden ist, um mehr als nur um das deutsch-französische Verhältnis, es geht um das Schicksal Europas.

Die französischen Gegenanschläge

Die in Genf veröffentlichten Schriftstücke enthalten folgende Gegenanschläge wie folgt:

Grundsätze

1. Der erste Grundsatz für internationale Beziehungen muß die Anerkennung der Gleichberechtigung und der Unabhängigkeit aller Staaten ebenso wie die Achtung vor übernommenen Verpflichtungen sein.
2. Es gibt keinen dauerhaften Frieden zwischen den Völkern, wenn dieser Friede Veränderungen unterworfen ist, die sich aus den Bedürfnissen und dem Ehrgeiz eines jeden Volkes herleiten.
3. Es gibt keine wahre Sicherheit in den internationalen Beziehungen, wenn alle Konflikte, die zwischen den Staaten auftreten können, nicht nach dem internationalen, für alle obligatorischen Recht gelöst werden, das durch ein internationales, unparteiisches souveränes Gericht ausgelegt wird und das durch die Kräfte aller in der internationalen Gemeinschaft vereinigten Mitglieder garantiert wird.
4. Die Gleichberechtigung ist kein Hindernis dafür, daß ein Staat in gewissen Fällen freiwillig und im Allgemeininteresse die Ausübung seiner Oberhoheit und seiner Rechte beschränkt (1).
5. Diese Beschränkung ist vor allem in der Frage der Rüstungen notwendig, um jede Gefahr der Hegemonie eines stärkeren Volkes über die schwächeren Völker auszuschließen.
6. Die bestehende Ungleichheit zwischen den Völkern muß im Schoße der internationalen Gemeinschaft durch den gegenseitigen Beistand gegen jede Verletzung des internationalen Rechts ausgeglichen werden.
7. Wenn der gegenseitige Beistand im universellen Rahmen des Völkerbundes derzeit nur schwer in rascher und nützlicher Form zu verwirklichen ist, so muß hier mit regionalen Abkommen ausgeholfen werden.

Politische Dispositionen

- In einem mit II bezeichneten Teil werden dann folgende „politische Dispositionen“ vorgeschlagen:
8. Eine typische regionale Einheit ist in Gestalt Europas vorhanden, dessen eigene Entwicklung die Organisierung der Sicherheit auf den oben angeführten Grundlagen sehr viel leichter macht.
 9. Selbst wenn die Erfahrung lehren sollte, daß Europa ein zu weites Gebiet ist, um die kollektive Sicherheit durch gegenseitigen Beistand oder Abrüstung durchzuführen, so muß hier mit der Organisierung von regionalen Verständigungen im europäischen Rahmen eingeleitet werden.
 10. Diese Organisation muß einem europäischen Ausschuss übertragen werden, der im Rahmen des Völkerbundes gegründet wird.

Kurze Tagesübersicht

Der deutsche Völkischer von Hoersch in London ist am Karfreitag an einem Herzschlag gestorben.
Was LUTHER „Hindenburg“ ist am Freitag abend wohlbehalten von seiner ersten Südamerikasahrt nach Friedrichshafen zurückgekehrt.
In Genf hat sich der Dreizehner-Ausschuss am Freitag auf nächste Woche zum Donnerstag vertagt, zumal die Meinungsverschiedenheiten zwischen Eden und Glandin über den Abessinien-Konflikt mit Italien weitergeführt wurden.
„Matin“ bestätigt die verbreitete Nachricht von französischen Kreditverhandlungen in Holland. Der gewünschte Kredit soll sich auf eine Milliarde Franc belaufen.
An der russisch-mandschurischen Grenze gab es einen neuen blutigen Zwischenfall.

11. Das internationale Recht fordert die Achtung vor den Verträgen. Kein Vertrag kann als unänderlich angesehen werden, aber kein Vertrag kann einseitig zurückgewiesen werden. In der Neuorganisation Europas, wo alle gleichberechtigten Völker sich freiwillig vereinigen, wird sich jeder Staat verpflichten, den Territorialbestand seiner Mitglieder zu achten, der nur im Einverständnis mit allen geändert werden kann. Keine Forderung auf Abänderung kann vor 25 Jahren eingebracht werden. Die europäischen oder regionalen Verträge, die die Unabhängigkeit der Staaten betreffen, ebenso wie jede nach Vereinbarung angenommene Beschränkung der Souveränität, besonders in der Frage der Rüstungen, werden unter die gemeinsame Garantie der vereinigten Mächte gestellt.

12. Um den Pflichten des gegenseitigen Beistandes gerecht zu werden, werden die im europäischen oder im regionalen Rahmen vereinigten Staaten eine besondere und ständige militärische Streitmacht unterhalten, die auch Luftstreitkräfte und Marine umfaßt, und die dem Europa-Ausschuss oder dem Völkerbund zur Verfügung steht.

13. Die ständige Kontrolle über die Durchführung der Verträge im europäischen oder regionalen Rahmen wird durch den Europa-Ausschuss organisiert. Alle vereinigten europäischen Staaten verpflichten sich, diese Kontrolle zu erleichtern und die Durchführung der Beschlüsse, die diese Kontrolle hervorgerufen könnte, sicherzustellen.

14. Nachdem die kollektive Sicherheit im europäischen oder regionalen Rahmen durch den gegenseitigen Beistand organisiert worden ist, wird zu einer weitgehenden Abrüstung aller Beteiligten geschritten. Die Abrüstungsbeschränkung eines jeden Staates wird durch Zweidrittel-Mehrheit des Europa-Ausschusses oder durch irgend ein anderes Organ bestimmt, das vom Völkerbundsrat auszuernen worden ist. Jeder Staat hat das Recht, einen ständigen internationalen Schiedsgerichtshof anzurufen, der zu diesem Zweck vom Völkerbundsrat geschaffen wird und der beauftragt sein wird, besonders über die Durchführung der im Artikel 5 niedergelegten Grundsätze zu wachen.

15. Alle augenblicklich im europäischen Rahmen bestehenden Verträge ebenso wie diejenigen, die in Zukunft zwischen zwei oder drei Mitgliedern der europäischen Gemeinschaft abgeschlossen werden könnten, müssen dem Europa-Ausschuss unterbreitet werden, der mit Zweidrittel-Mehrheit beschließen kann, ob sie mit dem europäischen Pakt oder den regionalen europäischen Pakten, wie sie in Artikel 8 und 9 vorgesehen sind, vereinbar sind. Diese Dispositionen werden ebenso auf die wirtschaftlichen wie die politischen Abkommen angewandt.

Der Wirtschaftsfriede

Abchnitt III der Erklärung trägt die Überschrift: Der Wirtschaftsfriede.

16. Wenn es als feststehend angesehen werden kann, daß der Wohlstand der Völker, und ohne vom Wohlstand zu sprechen, die Verminderung ihrer augenblicklichen Leiden nur durch die Festigung eines dauerhaften, auf gleichen und ehrlichen Bedingungen aufgebauten Friedens erreicht werden kann, so muß nach der Beendigung des politischen Wertes der Herstellung des Friedens die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Völker organisiert werden.

17. Die rationelle Organisierung des gegenseitigen Austausch es stellt die Grundlage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dar.

18. Die Erweiterung des Absatzgebietes stellt eine erste Lösung dar. Eine erste Erweiterung muß in einem Wechselbegünstigungssystem gefunden werden, das auf den europäischen Austausch angewendet wird. Wirtschaftliche Sonderbeziehungen kann man sogar bis zur teilweisen oder sogar bis zur vollständigen Zollunion führen, wodurch die wirtschaftlichen Bedingungen verschiedener europäischer Bezirke fühlbar verbessert werden würden.

19. Die Sicherheit im Warenaustausch ist ein zweiter Faktor des wirtschaftlichen Fortschrittes.

Einerseits muß der Warenaustausch durch eine internationale oder mindestens europäische Konvention geschützt werden, um Garantien zu schaffen gegen die Mißbräuche des mittelbaren oder unmittelbaren Protektionismus. Der Konventionsentwurf für eine gemeinsame wirtschaftliche Aktion, der im Jahre 1931 vom Völkerbund aufgestellt worden ist, muß zu diesem Zweck wieder aufgegriffen werden.

Andererseits muß der internationale Warenaustausch geschützt werden gegen das mißbräuchliche Eingreifen der Staaten. Der Abschluß eines europäischen Zollwaffenstillstandes, der durch einen fühlbaren Ausgleich der Währungen in Europa möglich gemacht wurde, ist ebenso notwendig wie die Schaffung eines internationalen Warenaustauschgerichtshofes, der die Kündigung der Handelsabkommen und den Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen zwischen den Völkern verhindern würde, die der Regularisierung und der Entwicklung des Warenaustausches so nachteilig sind.

Schließlich müssen die Währungsschwankungen und die Verknappung des internationalen Kredites bekämpft werden und zwar besonders durch eine Geld- und Kreditorganisation im europäischen Rahmen.

20. Die doppelte Notwendigkeit eines gemeinsamen Rohstoffreservoirs und eines Absatzgebietes für den Ueberfluß der europäischen Erzeugung müssen zu einer Revision gewisser Kolonialstatuten führen, nicht auf dem Gebiete der poli-

frischen Souveränität, sondern unter dem Gesichtspunkt der Gleichheit der wirtschaftlichen Rechte und der Kreditzusammenarbeit zwischen den europäischen Staaten, die sich als Gesellschafter und nicht als Rivalen betrachten müssen, nachdem die kollektive Sicherheit und der gegenseitige Beistand durchgeführt sein werden.

21. Alle diese Probleme würden, sobald die politische Sicherheit wieder hergestellt sein wird, durch eine Sonderabteilung des Europa-Ausschusses behandelt werden, bevor sie, falls dies notwendig erscheint, dem Völkerbund oder einer allgemeinen Konferenz unterbreitet werden, zu der auch die Nichtmitgliedstaaten des Völkerbundes eingeladen wären.

Der Teil IV enthält die

Schlussdispositionen

22. In dem vorliegenden Friedensplan darf nichts als dem Völkerbundspakt entgegengesetzt oder als der Durchführung des Völkerbundspaktes Hindernisse bereiternd betrachtet werden. Der Plan und, falls ein solcher notwendig werden sollte, der provisorische Pakt, müssen so abgestimmt werden, daß Abkommen Rechnung getragen wird, die zwischen den Vertragschließenden abgeschlossen werden könnten.

23. Es wird angeregt, daß die in dem vorliegenden Plan angeführten Organisationen soweit wie möglich solche sein sollen, die bereits innerhalb des Völkerbundes bestehen, oder daß der Völkerbund aufgefordert wird, die Organisationen zu schaffen, die noch nicht bestehen.

Die endgültige Zustimmung zum Friedensplan setzt die Zustimmung zum Völkerbundspakt voraus, dessen Grundzüge das oberste Gelehr der Vertragschließenden bleiben.

24. Die Nichtzustimmung zu diesem Plan seitens dieses oder jenes Staates der europäischen Gemeinschaft würde das Inkrafttreten des Planes zwischen den anderen Staaten, die sich zu dem Plan bekennen, nicht hindern. Der Plan müßte nur entsprechend abgeändert werden, besonders soweit die Organisation der kollektiven Sicherheit, des gegenseitigen Beistandes und der Abrüstung in Frage käme.

Echo zum französischen Plan

Selbst Pariser Stimmen unzufrieden

Die beiden französischen Schriftstücke, die Denkschrift und der Friedensplan stehen selbstverständlich im Mittelpunkt der Betrachtungen der Pariser Presse. Ferner finden sich Hinweise auf die Verbalnote Flandins an Eden, der Wortlaut ist zwar noch nicht bekannt, nach dem aber, was über diese Verbalnote durchsickert, scheint sie vor allem die Engländer zu der französischen Auffassung belehren zu sollen, daß die Vermittlung und Versöhnung infolge der Haltung Deutschlands überholt und gescheitert sei und daß man jetzt noch eine Politik einschlagen könne, wie sie in dem Bürgerkriegsreiben angedeutet sei.

Aus den Gesprächen der französischen und englischen Politik wird kein Hehl gemacht. Die französischen Pressevertreter in Genf bemühen sich im übrigen, den dort entstandenen Eindruck, daß die französischen Schriftstücke zu „klassisch“ und zu wenig neuartig seien, abzustreifen. Der Außenpolitiker des „Echo de Paris“ schreibt, die Denkschrift sei eine klare, nachdrückliche und stichhaltige Zurückweisung der deutschen Beweisgründe zur Rechtfertigung des 7. März. Die Friedenserklärung stamme aber sicher nicht aus derselben Feder. Der Friedensplan habe das Aussehen eines Wahlplakates, denn er enthalte alle Genfer Träumereien von 1924 bis 1931. Es werde nur zur Erbauung der Volksmassen dienen. Der Plan ist somit ein Rückschritt.

Der außenpolitische Berichterstatter des „Excelsior“ sagt eine Verstärkung der Genfer Verhandlungen voraus. Logischerweise hätte der französische Plan in Genf begeisterte Aufnahme finden müssen. In Wirklichkeit habe er aber nicht das erwünschte Verständnis und die erwünschte Sympathie gefunden. Frankreich, so droht der Berichterstatter, werde auf sein Druckmittel verzichten, um einem Recht Geltung zu verschaffen, das nicht allein das seinige, sondern auch das der kleinen Nachbarstaaten Deutschlands sei (1).

Während das „Devoir“ in einer Betrachtung feststellt, daß die hungernden Völker von „Bläuen“ nicht satt werden, berichtigt die außenpolitische Mitarbeiterin des Blattes aus Genf, wenn die englisch-französische Meinungsverschiedenheit andauere, werde der Völkerbund nicht mehr lange leben. Frankreich und Großbritannien, die doch ausdrücklich den Völkerbund stützen wollen, unterhöhlten ihn um die Wette. Der französische Plan sei allgemein gleichgültig und unglücklich aufgenommen worden. Nach vor einigen Monaten würde er unter den Völkern Begeisterung hervorgerufen haben.

„Ordre“ findet die französische Denkschrift untadelig, billigt aber den französischen Friedensplan nicht, denn er entspreche weder den praktischen Wirklichkeiten noch den möglichen Entwicklungen. Auch der Berichterstatter des „Jour“ verhält sich ablehnend; er schreibt, es sei nicht übertrieben, wenn man feststelle, daß der französische Plan durch seinen utopischen und unzeitgemäßen Charakter die Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland noch mehr in Mißkredit bringen werde.

Kritische Aufnahme in England

Die Aufnahme der französischen Antwort ist kritisch. Eine volle und vorbehaltlose Zustimmung findet sich in keinem Blatt. Die Stellungnahme der konservativen Presse zeigt deutlich das Mißbehagen, das die französischen Vorschläge ausgelöst haben, während die Oppositionsblätter die von den Franzosen angeblich geplante Stärkung des Völkerbundes zwar grundsätzlich begrüßen, aber von diesem Gesichtspunkt ausgehend zunächst verlangen, daß Frankreich seinen Verpflichtungen als Völkerbundmitglied nachkomme und sich im italienisch-abyssinischen Streitfall auf die englische Seite stelle.

Die Genfer Berichte der englischen Zeitungen heben ohne Ausnahme hervor, daß sich weitgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen Großbritannien und Frankreich in Genf am Mittwoch hätten feststellen lassen, die in dem englischen Wunsch auf Fortsetzung der Verständigungsversuche ihre Ursache hätten. Unverkümmert wird auch auf einen scharfen Gegensatz in der abyssinischen Frage hingewiesen.

Im einzelnen schreibt die „Times“, man müsse Zweifel darüber haben, ob die Vorschläge des französischen Planes praktisch durchführbar seien. Europa sei kaum dazu reif, in so starkem Maße in seiner Souveränität beschränkt zu werden, wie das verlangt werde. Der Plan einer Völkerbundarmee sei auch in einer abgeänderten Form nicht überzeugend.

Auch die „Morningpost“ läßt an den französischen Vorschlägen eine zurückhaltende Kritik. Ob aber etwas Greifbareres als eine Aussprache herauskommen werde, das wage man angesichts der traurigen letzten Erfahrungen kaum zu hoffen.

Der „Daily Telegraph“ erklärt, daß die französischen Vorschläge zum Teil überhaupt nicht durchzuführen seien. Wenn eine Sache in der letzten Zeit klar herausgestellt worden sei, so sei es die, daß eine internationale Polizeitruppe ein Einfall sei, der mit der gegenwärtigen Lage in Europa nicht im geringsten Maße in Beziehungen stehe. Auch der Vorschlag einer europäischen Kommission sei unpraktisch.

„News Chronicle“ macht sich über die Diplomatie lustig, die es für richtig halte, auf den Vorschlag eines Planes mit einem Gegenplan zu antworten. Wenn jede Macht diesem Beispiel folge, werde das Ergebnis nur in einem Chaos bestehen. Der französische Plan enthalte einige gute Punkte. Aber in der Hauptfrage scheine er ein Verzicht zu sein, die gegenwärtige politische Lage in Europa ein Vierteljahrhundert aufrecht zu erhalten.

Ablehnend äußert sich auch die „Financial News“, die meint, daß infolge des französischen Verhaltens das kollektive System zusammenzubrechen drohe.

„Omelette mit faulen Eiern“

London, 9. April. Dem französischen „Friedensplan“ ist nach einer Reutersmeldung eine sehr ungünstige Aufnahme in Genf zuteil geworden. Er werde als „phantastisch, ehrgeizig und undurchführbar“ betrachtet. Selbst in französischen Kreisen sei man von dem Plan nicht begeistert. Von den meisten Beobachtern werde er mit einer „Omelette mit faulen Eiern“ verglichen, womit gemeint sei, daß er alle unter den Tisch gefallenen Vorschläge des letzten Jahrzehnts und noch ältere Sachen enthalte.

Amerika sagt: „Kein diplomatisches Dokument, sondern eine Wahlrede“

Die „New York Times“ schreibt in einem aus Paris datierten Aufsatz, der französische Plan und die Antwort an Deutschland seien in einer Sprache geschrieben, die mehr einer politischen Erklärung oder sogar einer Wahlrede gleiche, als einem diplomatischen Dokument. Man werde sich, so schreibt das Blatt weiter, in Deutschland und anderswo fragen, zu welchem Zweck dieser ganze von den Franzosen vorgeschlagene komplizierte Apparat aufgezogen werden solle. Man werde sich fragen, warum Frankreich nicht einmal zugebe, daß es gemeinsam mit gewissen anderen Staaten beschloßen habe, ein System gegenseitiger Hilfspakte zu errichten das sich um kein klein Teil von dem alten System der Kriegsbündnisse unterscheide.

Ungarn lehnt entschieden ab

Der französische Friedensplan wird von der ganzen ungarischen Presse einmütig und entschieden abgelehnt. „Magyarhaz“ nennt die französischen Dokumente eine wunderbar einfältige Mischung von idealistischen Parolen und dem ganz nackten Egoismus. Sogar die Freunde Frankreichs müssen verzweifeln über die graulichen, unmöglichen und haarsträubenden Irrtümer des flandrischen Planes. Laut „Pesti Hírlap“ eröffnen die französischen Dokumente wenig Aussicht auf die friedliche Lösung der Locarnofrage. Die Friedensverträge haben aus Europa ein Zuchthaus gemacht, in dem die außergerichteten und alliierten Nationen als Gefängniswärter die ausgewählten und entrechteten Nationen bewachen. Das Wesen des französischen Friedensplanes bestehe darin, daß er die Kerkermauern noch mehr beseitigt und das Schicksal der Gefangenen noch hoffnungsloser macht. Aus diesem Plan werde nicht der Friede, sondern nur eine neue Katastrophe hervorgehen.

Oberhaus

für Gleichberechtigung und Frieden

London, 9. April. Kurz vor den Osterferien fand im Oberhaus noch eine außenpolitische Aussprache statt. Sie wurde von dem Leiter der arbeiterparteilichen Opposition im Oberhaus, Lord Snell, mit einer längeren Rede eingeleitet, in der er eine ganze Reihe von Fragen an die Regierung richtete.

Für die Regierung antwortete der Lordsegelebewahrer Lord Halifax. Es sei ungerade, erklärte er hinsichtlich Abyssinien, von einem nicht vollständigen Völkerbund Vollkommenheit erwarten zu wollen. Er lehne auch die Unterstellung ab, daß die britische Regierung für die Terrifizierung, denen die Abyssinier ausgesetzt seien, in irgend einer Weise verantwortlich sei. Vielleicht sei es wahr, daß der einzige Weg, diesen Krieg zu vermeiden, in einer Maßnahme bestünde, die das unmittelbare Risiko eines Krieges zwischen England und Italien mit sich gebracht hätte. Er glaube nicht, daß die Arbeiterpartei hiermit einverstanden gewesen wäre.

Lord Halifax wandte sich alsdann den Bemühungen um die Festlegung des europäischen Friedens zu. England habe hieran ebenso wie die ganze Welt das größte Interesse. Wolle man den Frieden, dann müsse man für jene Verständigung arbeiten, die eine Beilegung der Meinungsverschiedenheiten ermöglichen und die eine geregelte Lebenskraft gebe. Solange der Weg durch Furcht, Hebelwehre und Mißtrauen blockiert werde, seien Fortschritte nur schwer möglich. Die Welt stehe heute am Scheidewege. Deutschland habe sein Vorgehen unter Berufung auf frühere Beschwerden begründet und zweifellos bestehe der allgemeine Wunsch, daß diese Ära der Beschwerden geschlossen werden sollte. Aber ob und wann das getan werden könne, hänge davon ab, ob es gelinge, für die Zukunft sicherzustellen, daß ein derartiges Vorgehen unter keinen Umständen wieder angewendet werde. Er wiederhole, daß die Gefahr irgend welcher neuen Verpflichtungen sich für England nicht ergebe. Der Redner erklärte weiter, er glaube nicht, daß Europa den Frieden durch das Vortriebsystem der Bündnisse gewinnen könne. Die deutschen Vorschläge enthielten insgesamt eine Menge Material, das natürlich sorgfältig gesichtet und geprüft werden müsse. Die deutschen Vorschläge deckten ein weiteres Gebiet als nur die Locarno-Frage. Im weiteren Verlauf seiner Rede sprach Lord Halifax die Hoffnung aus, daß Frankreich und Belgien nicht weniger als England bereit sein müßten, die deutschen Gleichberechtigungsansprüche in vollem Umfange anzuerkennen, vorausgesetzt, daß die fraglichen Länder überzeugt werden könnten, daß die deutsche Regierung die Pflichten gegenüber ganz Europa, die solche gleichen Rechte mit sich brächten, anerkennen werde.

In der Aussprache erklärte Lord Lothian, daß das bedeutungsvolle Ereignis der letzten sechs Monate der Abschluß des französisch-sowjetrussischen Paktes gewesen sei. Ueber die ungeheure Auswirkung dieses Paktes auf Europa und England sei man sich hierzulande offenbar nicht ganz im klaren. Es handle sich um ein Bündnis zwischen einem ungeheuer starken Rußland und einem sehr mächtigen Frankreich. Die Politik der britischen Regierung, so besuchte er, sei in Afrika eine Politik der Schwäche und in Europa eine Politik der erweiterten Verpflichtungen.

Lord Cecil stellte fest, daß der französisch-sowjetrussische Vertrag ebenso wie alle Sonderverträge nicht mit dem neu zu schaffenden System der internationalen Ordnung in Einklang gebracht werden könne. Sie seien Überbleibsel des alten Systems, die man früher oder später loswerden müsse. Das abyssinische Problem sei wichtiger und von größerer Bedeutung als das Rheinland.

Lord Londonderry warf der gegenwärtigen Außenpolitik Mangel an Führung vor. Durch das Vorgehen Deutschlands seien Gelegenheiten geschaffen worden, die man sich nicht entgehen lassen sollte. Ein Abkommen zwischen Deutschland, Frank-

reich und England würde in der heutigen Zeit für die Welt von größtem Vorteil sein. Der französisch-sowjetrussische Zusammenschluß bilde einen Teil der Politik der Einkreisung Deutschlands, von der Frankreich glaube, Sicherheit erhalten zu können. Er hoffe, daß es England gelingen werde, die Franzosen zu überreden, daß ihre Zukunft nicht hierin liege, sondern in einer Verständigung mit Deutschland und in einer vollen Unterstützung eines umgebauten Völkerbundes. Er lehne die Behauptung ab, daß Deutschland Verträge nicht achten könne und wolle.

Der arbeiterparteiliche Lord Arnold sagte, Außenminister Eden scheine den deutschen Gesichtspunkt niemals richtig begriffen zu haben, und selbst Lord Halifax bewege sich in dieser Richtung. Er habe den französisch-sowjetrussischen Pakt kaum erwähnt. Die ständige Beschuldigung Deutschlands wegen Vertragsbrecherei werde für Deutschland unerträglich, besonders wenn sie von seiten Frankreichs erhoben werde. Lord Arnold erinnerte an das nichterfüllte Abrüstungsversprechen der Franzosen und den Einmarsch in das Ruhrgebiet. Ein weiteres großes Hindernis für die Verständigungsaktion seien die Generalkonferenzen, denen sich die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Englands widersetze. Sie seien auch nach dem Locarno-Vertrag nicht zu rechtfertigen. Denn ein Angriffslage liege nicht vor.

Auch der konservative Lord Newton nannte die Generalkonferenzen vollkommen unerlässlich. Die Tatsache, daß der französisch-sowjetrussische Pakt abgeschlossen worden sei, sei nach seiner Ansicht ein durchaus gültiges Argument Deutschlands, daß der Locarno-Grundsatz zerstört worden sei.

Der konservative Lord Kennell, der im vorigen Jahre Deutschland besucht hat, erklärte, daß die Demokratisierung dieses Landes, wie er sich ausdrücken möchte, auf ihn einen starken Eindruck gemacht habe.

Zum Schluß der Aussprache erhob sich vor fast leerem Hause der Unterstaatssekretär Lord Stanhope, der in seiner Rede nur noch wenig neue Gesichtspunkte vortrug.

Gaskriegfrage vor dem Dreizehner-Ausschuß

Appell an die Kriegführenden

Genf, 10. April. Der Dreizehner-Ausschuß hat am Donnerstag nachmittag wiederum über die Zuständigkeit in der Frage des Gaskrieges beraten, nachdem der Bericht des Juristenausschusses hierüber keine Klarheit geschaffen hatte. Es wurde beschlossen, in dieser Angelegenheit einen Appell an die beiden Kriegführenden als Unterzeichner des Genfer Giftgas-Abkommens vom Jahre 1925 zu richten. Die weiteren Schritte zur Friedensfindung sind von dem Ergebnis einer Unterredung zwischen Madariaga und Aloisi abhängig gemacht worden.

Der Appell an Italien und Abyssinien hat folgenden Wortlaut:

Der Dreizehner-Ausschuß hat von den Mitteilungen, die die italienische und die abyssinische Regierung über verschiedene Verlegungen internationaler Vereinbarungen über die Kriegsführung an den Generalsekretär des Völkerbundes gerichtet haben, Kenntnis genommen. Er möchte der Regierung Ausdruck geben, die die Weltöffentlichkeit ergriffen hat, und richtet an die beiden Kriegführenden einen dringenden Appell, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, um jeden Verstoß gegen die genannten Abkommen und die Grundzüge des Völkerrechtes zu verhindern. Der Ausschuß hofft, von den Mächten, an die er diese Aufforderung richtet, Zusicherungen zu erhalten, die dazu geeignet sind, die Erregung zu beseitigen, zu deren Wortträger er sich macht.

Abyssiniens Verhandlungsbereitschaft

Genf, 10. April. Der englische Außenminister Eden hatte eine Unterredung mit dem abyssinischen Vertreter Bolde Mariam. Letzterer erklärte die Bereitschaft seiner Regierung zu Friedensverhandlungen im Rahmen des Völkerbundspaktes. Er betonte jedoch, daß Abyssinien nicht mit Italien allein verhandeln wolle. Dagegen sei es zu Verhandlungen in Gegenwart des Vorsitzenden des Dreizehner-Ausschusses und des Generalsekretärs des Völkerbundes bereit.

Vertagung in Genf

Genf, 10. April. Der Dreizehner-Ausschuß des Völkerbundesrates hat beschlossen, sich auf Donnerstag nächster Woche zu vertagen, um dann den Bericht seines Vorsitzenden über die Verhandlungen entgegenzunehmen, die inzwischen mit den Vertretern Italiens und Abyssiniens hier in Genf geführt wurden.

Dem Beschluß des Dreizehner-Ausschusses ging, wie verlautet, eine lebhaft englisch-französische Auseinandersetzung über das weitere Verfahren voraus. Eden machte geltend, daß nach Ansicht der britischen Regierung nicht einen Tag unnötig gezögert werden dürfe, um die Einstellung der Feindseligkeiten zu erreichen. Er sprach sich gegen jede Vertagung des Dreizehner-Ausschusses aus, während der französische Außenminister eine unbefristete Vertagung vorschlug. Ferner beantragte Eden, daß nächste Woche eine Sitzung des Ahtzehner-Ausschusses stattfinden solle. Man einigte sich schließlich dahin, daß der Vorsitzende des Ahtzehner-Ausschusses die Mitglieder über die Vorgänge unterrichten und sie auffordern solle, sich für eine baldige Tagung bereitzuhalten. Madariaga wird seine Besprechung mit Suvič am Dienstag aufnehmen, mit der Erwartung, daß der italienische Delegierte bis dahin die entsprechenden Vollmachten erhält. Es handelt sich aber, wie in Völkerbundskreisen betont wird, für den Vorsitzenden des Dreizehner-Ausschusses nur darum, festzustellen, welche Möglichkeiten für den baldigen Abschluß eines Waffenstillstandes und für die Einhaltung von Friedensverhandlungen im Rahmen und im Geiste des Paktes bestehen.

„Versailles Nr. 2“

Schwedische Blätter über das französische Altkleid

Stockholm, 10. April. Der sogenannte französische Friedensplan hat in der hiesigen Presse mit geringen Ausnahmen durchweg eine kühle, ja deutlich abweisende Bewertung erfahren.

„Das Echo von Versailles“ nennt eines der größten Provinzblätter, Ostgöta Korrespondenten“, den ganzen Plan und erklärt, das Bestreben Frankreichs gehe im Grunde dahin, aus der kollektiven Sicherheit unter allen Umständen einen kollektiven Krieg zu machen. Frankreich habe gar nichts gelernt, aber auch nichts vergessen. Man könne sagen, der französische Plan sei der letzte verzweifelte Versuch, die Unantastbarkeit der Friedensverträge zu bewahren und die Einkreisung Deutschlands zu fördern. Demgegenüber stellt das Blatt den „zweifellos ehrlich gemeinten und konstruktiven deutschen Friedensplan“ als wirkliche Möglichkeit zur Verständigung hin.

„Nya Dagbladet“ sagt: Die ersten und größten Vertragsbrecher nach dem Weltkriege waren die Mächte,

Die Deutschland zur Unterzeichnung des Vertrages von Versailles gezwungen haben. Es sei darum, fährt das Blatt fort, eine mehrfache Heuchelei von Frankreich, das 16 Jahre lang nicht das geringste zur Erfüllung seiner Versailler Abtrübnungsverpflichtungen getan habe, nun Deutschland der Vertragsperlektion zu beschuldigen und Garantien zu fordern, zumal gerade Deutschland zu den Staaten gehöre, die sich in dieser Hinsicht am wenigsten zuschulden kommen ließen. Der ganze französische Plan macht, nach Ansicht von „Kronblatt“, den verblüffenden Eindruck eines Versailles Nr. 2 und werde wohl kaum von Deutschland ernstlich erörtert werden können.

Kühle Aufnahme des französischen Planes in Washington
Washington, 10. April. Die französischen Gegenentwürfe haben in den hiesigen politischen Kreisen keine Begeisterung ausgekostet. Man betrachtet die französischen Vorschläge als unpraktisch. Den französischen Vorschlag auf Entsendung einer internationalen Polizei hält man hier für eine völlig abwegige Idee, die Europa niemals zur Ruhe bringen würde.

Botschafter von Hoersch

Vondon, 10. April. Der deutsche Botschafter in London, Leopold von Hoersch, ist am Karfreitag vormittag 10 Uhr plötzlich an einem Herzschlag verschieden.

Der deutsche Botschafter in London, Dr. Leopold von Hoersch, war 54 Jahre alt. Das Deutsche Reich verliert in ihm einen seiner befähigtesten Diplomaten, der bei allen großen außenpolitischen Entscheidungen der Nachkriegszeit an hervorragender Stelle als Botschafter in Paris und später in London beteiligt war.

Botschafter von Hoersch trat im Jahre 1907 in den auswärtigen Dienst ein und war an den deutschen diplomatischen Vertretungen in Peking, Paris und London tätig. Bei Ausbruch des Weltkrieges stellte er sich als Reserveoffizier seinem Regiment zur Verfügung. Von 1915 ab wurde er wieder für den diplomatischen Dienst angefordert und der Gesandtschaft in Sofia, später der Botschaft in Konstantinopel zugeteilt. Ende 1918 kam er als Legationsrat nach Oslo und im Jahre 1920 nach Madrid. Im Jahre 1921 wurde er als Botschaftsrat in die Botschaft nach Paris versetzt, wo er bis zum Jahre 1932 blieb, von 1924 ab als deutscher Botschafter. Seit September 1934 war Herr von Hoersch Botschafter in London.

Das Beileid des Führers

Berlin, 10. April. Der Führer und Reichskanzler hat den Schwestern des verstorbenen deutschen Botschafters in London, Dr. von Hoersch, sein aufrichtiges Beileid übermittelt.

Glücklich heimgekehrt

„23. Hindenburg“ von der großen Südamerikafahrt glatt in Friedrichshafen gelandet

Friedrichshafen, 10. April. Das neue Luftschiff „Hindenburg“ ist am Karfreitag nachmittag 6 Uhr nach glücklich beendeter Südamerikafahrt über Friedrichshafen zurückgekehrt und hat auf dem Flugplatz Löwenthal bei günstigen Windverhältnissen glatt gelandet.

Um 5 Uhr riefen Böllerschüsse die Gastmannschaften auf den Platz. Den ganzen Nachmittag über strömten Menschenmengen zum Flugplatz Löwenthal. 300 Mann der Gebirgsjäger aus Lindau versehen den schweren Abberdienst. Als das Luftschiff nur als kleiner Punkt zwischen den Wolken im Westen sichtbar wurde, kam Leben in die Menschenmauer. Majestätisch feuerte das Luftschiff den Landeplatz an und zeigte durch die Landesflagge die sofort beabsichtigte Landung an. Nach einem eleganten Kreis um den Flugplatz setzte das Luftschiff „Hindenburg“ zu einer exakten Landung an.

Ueber die Eindrücke des letzten Tages der Fahrt liegen noch folgende Meldungen des Sonderberichterstatters des DNB. vor:

An Bord des Zepplinflugzeuges „Hindenburg“, 10. April. Es ist der Donnerstag nachmittag. Wir fahren entlang der afrikanischen Küste in einer Höhe von 1300 bis 1500 Meter. Die Gegenstände sind unermesslich stark. Unter uns zeichnet sich eine goldgelbe Linie, der Sandstrand der Küste, ab, gegen die der weiße Gischt einer hohen Brandung schäumt. Dann tauchen unter uns in der afrikanischen Ebene Kamele auf, Schafherden. Wir sehen gute Straßen.

Seht sind wir bei Asmunt, wo die roten Wasser des Am-er-Kebia sich in das Meer ergießen und das Wasser an der Küste rot färben. Hier begegnen wir dem Stuttgarter Zubringer-Flugzeug der Deutschen Luft Hansa für die Südamerika-Post, D GWS „Zephir“. Es kommt über Marzelle, Sevilla, Las Palmas und geht nach Bathurst, wo die Post, von einem Katapultflugzeug übernommen, seine Weiterreise nach Rio, Buenos Aires und Santiago de Chile antreibt. Das Stuttgarter Flugzeug umfliegt uns.

In weiter Ferne sehen wir Casablanca liegen, eine langgestreckte Stadt. Nun sind wir über Larache. Einige Meilen dahinter ändern wir den Kurs und fahren auf Tanger zu. Kommandant Lehmann sagt, daß die Wettermeldungen starke Gegenwinde aus der Richtung von der Bistaga und dem Kanal melden. Es geschieht auch mit Rücksicht auf einen Motorschaden an einem Motor. Wir werden den Weg über das Rhonetal nehmen. Die französische Regierung hat auf besonderen Antrag für diesen Ausnahmefall das Ueberfliegen Frankreichs gestattet.

Mit 100 Stundenkilometern nähern wir uns in 1500 Meter Höhe dem Mittelmeer und überqueren die Meerenge von Gibraltar mit Kurs auf die spanische Ostküste. Im Abenddämmer liegt die auf dem Felsen vorgebaute Festung Gibraltar unter uns. Gigantisch reist sich der Felsen in die Höhe. Der Fels selbst ist zum Land hin durch eine Lichtergrenze abgeperrt, die auch die wirkliche Grenze ist. Hinter dieser Grenze liegt die Stadt Gibraltar. Von Afrika herüber grüßen die Lichter von Ceuta noch deutlich sichtbar.

Nachts über Spanien. Leichtere Gegenwind macht sich bemerkbar. Wir machen nur 75 bis 90 Kilometer. Um 8 Uhr morgens sind wir über Cartagena. Dann sehen wir Alicante liegen.

Unterredung mit Kommandant Lehmann

Unter den Passagieren wird dann der Wunsch laut, die Alpen zu überfliegen. Kommandant Lehmann hält diesen Wunsch aus Gründen der Betriebssicherheit für schlecht ausführbar. Ich frage ihn über seine Gründe. Kommandant Lehmann erklärt, er sei soweit die Betriebssicherheit und der Fahrplan es einigermaßen zutreffen, bisher immer allen Wünschen gern gerecht geworden und habe auch allen die Freude eines Alpenfluges gerne gegönnt, schon wegen der mit einer solchen Fahrt verbundenen unnergeßlichen Eindrücke. Oberster Grundlag sei für ihn die Sicherheit und ausschließlich Sicherheitsgründe hätten die Kurs-

änderung erforderlich gemacht. Auf meine Frage nach den Schwierigkeiten, die unserem Wunsche entgegenstehen, erklärt der Kommandant freimütig, wegen des Motorschades sei ein Ueberfliegen der Alpen nicht ratsam, zumal dort voraussichtlich mit böigem Wetter zu rechnen ist. Der Schaden sei zwar mit Bordmitteln ausgebessert worden. Aber die Ausbesserung lasse doch nur eine Verwendung des Motors im äußersten Notfall zu. Der Motorschaden, so antwortet er, lasse keine Zweifel an der grundsätzlichen Brauchbarkeit der Motore zu. Ein solcher Schaden gehöre vielmehr zu den im Anfang der Erprobung normalerweise zu erwartenden Erscheinungen. Der Schaden resultiere nicht aus einem Konstruktionsfehler. Er sei in kurzer Zeit zu beheben. Bei Berücksichtigung der fast ununterbrochenen Inanspruchnahme der Motoren während über 330 Betriebsstunden müßte die Leistung der neuen Hochleistungs Motore an sich als durchaus zufriedenstellend, ja sogar als ausgezeichnet angesehen werden. Ganz ausgezeichnet hätten sich Steuerung, die Ventile, die Saugzellen, das Gerippe und die Außenhülle bewährt. Auch der Brennstoffverbrauch sei überraschend günstig gewesen.

Wir fahren jetzt mit einer Geschwindigkeit von 100 Stundenkilometer und nehmen den Kurs, der seit jeher für die Ueberfliegung französischen Gebietes vorgeschrieben ist: Ueber die Rhonemündung nach Valence, Bourg, Beaucaire und Basel.

Polen begnadigt einen Memelländer

Der Kriegsinvalide Hoyer aus der Haft entlassen

Kowno, 10. April. Der litauische Staatspräsident hat wieder eine Reihe von Begnadigungen politischer Gefangener und Staatsgefangener vorgenommen. Unter den Begnadigten befinden sich der im großen Memelländer-Prozess im März vergangenen Jahres zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilte Kriegsinvalide Arthur Hoyer, drei Woldemaras-Anhänger, der Oberst der Flieger Karatas, der beim letzten Woldemaras-Putsch zusammen mit dem Generalstabschef verhaftet und zu langjähriger Zuchthausstrafe verurteilt war, sechs Kommunisten und fünf andere Staatsgefangene.

Wie erinnert, handelt es sich bei Arthur Hoyer um den schwerkriegerbeschädigten Angeklagten des großen Memelländer-Prozesses, der im Kollkult vor Gericht erschienen war und der zu einer sechsjährigen Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Hoyer hatte in der Haft infolge seiner Verletzung besonders schwer zu leiden.

Neuer Grenzzwischenfall im Fernen Osten

19 Tote?

Moskau, 10. April. Ueber den letzten Grenzzwischenfall bei Juntshun an der sowjetrussisch-mandschurischen Grenze liegen in Moskau Meldungen vor, in denen die Schuld an dem Zusammenstoß der Mandschurei und Japan zugeschrieben wird. Die mandshurischen Truppen hätten, so heißt es in diesen Meldungen, unter dem Befehl eines japanischen Offiziers gestanden. Sie seien mit zahlreichen Maschinengewehren und Karabinern bewaffnet gewesen. Der Zusammenstoß hätte einen für die mandshurischen Truppen sehr blutigen Ausgang genommen. Aus japanischer Quelle vorliegende Nachrichten sollen besagen, daß insgesamt 19 Soldaten, darunter der japanische Offizier, getötet worden seien.

Elefantenjagd in der Niederlausitz

Elsterwerda, 9. April. Am Mittwoch brach auf dem Güterbahnhof Dobrilugk-Kirchhain beim Ausladen von Zirkuswagen ein zu Ladearbeiten herangezogener Elefant aus. Der Elefant, ein Muttertier von etwa 70 Zentner Gewicht, flüchtete auf Lindenau zu. Ein auf dem Felde pflügender Bauer konnte im letzten Augenblick abhören und sich auf den Rücken des Pferdes schwingen, worauf ein aufregendes Wettrennen zwischen dem flüchtenden Pferde und dem wild trottelnden Elefanten begann, bis es endlich gelang, den Verfolger abzulenken, der nun querselbstein weitertrafte, wobei er Bäume und Zäune niederriß. Inzwischen hatte sich die Nachricht von dem Ausbruch des Tieres in der Umgegend verbreitet und zahlreiche Helfer eilten herbei, um den Elefanten in die Enge zu treiben. Alle Bemühungen waren jedoch vergeblich. Radfahrer mußten in die benachbarten Wälder flüchten, während der Elefant ihre im Stich gelassenen Räder zertrampelte. Auf seinem weiteren Wege durchschwamm der Elefant große Teiche, von denen einer fast einen Kilometer breit ist. Kurz vor Friedersdorf konnte das Tier endlich von den im Kraftwagen herbeigeeilten Zirkuswärttern eingekesselt und an einen Baum gefesselt werden. Der Riese riß sich aber wieder los. Er durchbrach ein schweres Scheunentor und gelangte so in ein Gehöft, dessen Bewohner in den Keller flüchten mußten. In mächtigem Anprall durchbrach der Elefant schließlich eine 70 Zentimeter dicke Hofmauer. Erst jetzt gelang es den Wärttern, das durch die Anstrengungen etwas ermattete Tier erneut einzufangen und wieder an einen Baum zu fesseln. Nach längerer Zeit kam das Tier schließlich so weit zur Ruhe, daß es, an den Anhänger eines Schlepplers gefesselt, zum Zirkus zurückgebracht werden konnte.

Bereinigung

des Wiener Phönix-Skandals

Gründung einer neuen Versicherungsgesellschaft

Wien, 9. April. Ein außerordentlicher Ministerrat hat die vollständige Liquidierung der Versicherungsgesellschaft Phönix beschlossen. Ein am Mittwoch verändertes Gesetz bestimmt im § 1, daß die „Oesterreichische Creditbank für Industrie und Handel“ sämtliche Rechte und Pflichten der Versicherungsgesellschaft Phönix übernimmt. Die Enttragung der Werte, die zur Deckung der Prämienreserve für die Oesterreichischen Versicherungen notwendig sind, in das neugeschaffene Prämienregister ist bereits vollzogen.

Der § 2 des Gesetzes legt fest, daß die registrierten Werte ausschließlich zur Befriedigung der Ansprüche aus den im Inland zu erfüllenden Lebensversicherungsverträgen zu dienen haben.

§ 3 des Gesetzes stellt fest, daß eine neue Versicherungsgesellschaft als Auffanggesellschaft für das Inlandsgeschäft der Phönix geschaffen werden soll. Diese Gesellschaft, die den Namen „Oesterreichische Versicherungsgesellschaft AG.“ führen wird, wird durch Eingahlung von 10 Millionen Schilling Aktien gebildet werden. Der Oesterreichische Versicherungsstock der Versicherungsgesellschaft Phönix wird von dieser Gesellschaft vollständig übernommen.

§ 4 des Gesetzes bestimmt, daß das Recht auf Rückkauf aller bei Oesterreichischen Lebensversicherungsgesellschaften abgeschlossenen Policen und Vorauszahlungen (Policendarlehen) eingestellt wird.

Eine Durchführungsverordnung zu dem neuen Gesetz bestimmt die Höhe der Umlage zur Auffüllung des schon seinerzeit geschaffenen Versicherungsfonds. Wie gemeldet, wird dieser Ver-

sicherungsfond Obligationen in Höhe von 250 Millionen Schilling ausgeben, die zur Deckung des Defizits der Prämienreserve des Phönix dienen. Die Umlagesätze werden betragen:

1. von den Leistungen der Versicherungsnehmer an die Anstalten 1 Prozent in der Hagel- und Viehversicherung, 6 Prozent in den übrigen Versicherungszweigen, 1,5 Prozent in der Rückversicherung;

2. von den Leistungen der Anstalten an die berechtigten Personen 1,5 Prozent in der Hagel-, Vieh-, Feuer- und Transportversicherung, 3 Prozent in den übrigen Versicherungen;

3. von Policendarlehen der Lebensversicherungsanstalten 6 Prozent und von den Zinsen für Policendarlehen 1,5 Prozent. Die Gebühren von den Leistungen der Versicherungsnehmer und der Anstalten können höchstens mit zwei Drittel auf die Versicherten überwält werden.

Arbeitseinfaj im März 1936

Berlin, 9. April. Nach der winterlichen Pause in den Außenarbeiten leitete der Monat März, begünstigt durch die milde Witterung, den jahreszeitlichen Aufschwung im Arbeitseinfaj mit einem besonders starken Abfallen der Arbeitslosenziffer ein. Die Abnahme der bei den Arbeitsämtern gezählten Arbeitslosen betrug im Berichtsmontat über eine halbe Million, nämlich 578 000. Die üblichen winterlichen Rückschläge sind damit bereits im ersten Frühjahrsmonat zu fast drei Viertel ausgeglichen und die Arbeitslosenziffer ist mit einem Stand von 1 937 000 wieder unter die Zweimillionen-Grenze gesunken.

An dem Rückgang nahmen die Außenberufe mit einer Abnahme von rund 34 000 besonders stark teil. Bei der im allgemeinen günstigen Witterung konnten in der Landwirtschaft die Frühjahrsarbeiten allenthalben aufgenommen werden. Im Hoch- und Tiefbauwesen setzten die durch den Winter unterbrochenen Arbeiten schlagartig wieder ein und brachten eine große Zahl von Saisonarbeitslosen wieder in Beschäftigung. Auch in der Industrie der Steine und Erden und im Verkehrsgewerbe zog die Beschäftigung rasch an. Diese günstige Entwicklung griff aber auch zu einem erheblichen Teil auf die mehr konjunkturabhängigen Berufe über. Insbesondere machte sich in einigen Verbrauchsgüterindustrien eine Belebung bemerkbar, die zum Teil zu einer Einschränkung der Kurzarbeit bezw. zum Uebergang zur Vollarbeit führte. Einige Gewerbebezüge konnten ihren in- und ausländischen Auftragsbestand durch die Leipziger Messe erweitern.

In betrieblicher Hinsicht waren an der Belebung der Beschäftigung alle Landesarbeitsbezirke beteiligt. Verhältnismäßig besonders stark war der Rückgang der Arbeitslosigkeit in Ostpreußen (minus 55 v. H.), Pommern (minus 60 v. H.), Niedersachsen (minus 35 v. H.), Mitteldeutschland (minus 32 v. H.) und Südwestdeutschland (minus 30 v. H.).

lokales

Wiltbad, 11. April 1936.

Ostern 1936

Freudig künden die Osterglocken den Frühling ein. Sie gehören zusammen, Frühling und Ostern, denn sie bedeuten beide Auferstehung aus dem Tode zu neuem Leben.

Und so wie die Kirche die Auferstehung des Heilands aus dem Grabe feiert, so wie alle Welt die Auferstehung der Natur aus Nacht und Winter zu neuem Glänze und Gedeihen begehrt, so darf das deutsche Volk in diesem Jahr mit besonderer Berechtigung ein Auferstehungsfest feiern.

Das deutsche Volk hat eben erst der ganzen Menschheit gezeigt, daß es nun ganz und gar auferstanden ist aus der Nacht der Nachkriegszeit. Und so, wie in der Kirche erst der Karfreitag kommen mußte, damit ein neuer Ostermorgen anbrechen konnte, und so wie nur der, der die abgrundtiefe Trauer des Karfreitags mitdurchlebt hat, ganz das Befreiende und Jubelnde des Auferstehens bemessen kann, so kann auch nur der, der Deutschlands tiefste Erniedrigung in der Nacht der Nachkriegsjahre voll miterlebt und miterfühlt hat, ganz verstehen, welche Freude das deutsche Volk über die befreiende Tat des Führers, über Deutschlands Wiederauferstehung, empfindet.

Ostern ist das Fest, an dem der Glaube Triumphe feiern darf, es ist das Fest, das die Seele anfeuert und mit neuer Kraft erfüllt. Wie sich die Natur erneuert, wie der Glaube machtvoll und sieghaft das neue Leben predigt, so wollen auch wir der ganzen Osterfreude teilhaftig werden und mitarbeiten am Auferstehungswerk des deutschen Volkes. Frühlingssonne leuchtet über unserer Nation!

Ueber Ostern frühzeitig Fahrkarten lösen!

Zur glatten Abwicklung des zu erwartenden starken Reiseverkehrs über Ostern erucht die Reichsbahn ihre Fahrgäste, die Fahrtausweise nebst Zuschlagsarten für Eil- und Schnellzüge möglichst frühzeitig vor Eintritt der Reise und möglichst für die ganze Reisekreise zu lösen. Der Verkauf von Fahrkarten und Zuschlägen in den Zügen ist nur auf Ausnahmefälle eingerichtet; es ist unerwünscht, wenn die Schaffner in den Zügen durch den Verkauf von Fahrkarten über Gebühr belastet und damit u. a. auch der ihnen obliegenden Betreuung hilfsbedürftiger und reisefähiger Personen entzogen werden.

Seber Zehnjährige ins Jungvolk!

Zu der großen Jungvolk-Werbung im Gebiet Württemberg

Die Jungvolk-Werbung des Jahres 1936 hat begonnen. Eine geeinte deutsche Jugend ruft zur geschlossenen Aktivierung des Jahrganges 1926. Am 20. April soll der Grundstein gelegt werden für die feststehende Einrichtung des zukünftigen jahrgangsweisen Aufbaues im Deutschen Jungvolk. Wenn in diesen Tagen die Werbetrömmeln des Deutschen Jungvolks erdröhnen, dann nicht, um auf Leistungen hinzuweisen, oder große Phrasen und Aufrufe über neuartige Erziehungsziele abzugeben, auch nicht um zu verkünden, daß nunmehr die Jugend entscheidend in die Erziehungsphären von Eltern und Erziehern einzubringen gewillt ist, sondern einzig und allein deshalb, weil diese Jugend von ihrer Aufgabe und ihrer Pflicht restlos überzeugt ist, die ihr vom Schicksal zugewiesen wurde. Diese Jungen trommeln, weil sie wissen, daß die Jugendzukunft des Volkes ist. Der Jahrgang 1926 — sowohl Jungen als auch Mädchen — wird als erster beginnen, eine organische, politische Stufung unserer Volksgemeinschaft einzuleiten. Die Erziehung und Schulung in der Gemeinschaft der Zehnjährigen soll den Grundstock legen für eine deutsche Einheit und Einigkeit. Die Jugend will ihre Pflicht erfüllen. Ihr Appell richtet sich nunmehr an alle Eltern, ihren Kindern den Weg zur deutschen Charakterschule und Körperlichen Erziehung freizugeben. Die Hitlerjugend gibt gerade in diesen Tagen Gelegenheit, alle vorhandenen Bedenken zu zerstreuen. Wohl hörte die ältere Generation in den vergangenen drei

Jahren die Trommeln der Jungen, den Marschschritt der marschierenden Kolonnen, aber das eigentliche Erlebnis dieser jungen Gemeinschaft blieb bis heute den meisten verschlossen. Deshalb soll allen Eltern und Erziehern in diesen Tagen durch die öffentlichen Sprechenden, Helmbände und sonstige Veranstaltungen Gelegenheit geboten werden, Einblick zu gewinnen in dieses Erlebnis. Sie sollen erkennen, daß die Hitlerjugend keine Athleten und keine Stubenhocker heranziehen will, daß sie jedoch mit ihrem ganzen Schwung und ihrer ganzen Begeisterung an der Formung einer neuen einheitlichen an Leib und Seele geraden und festen Jugend mithelfen will. In diesen Tagen ergibt sich für einen deutschen Vater und eine deutsche Mutter die Forderung des Gewissens, den zehnjährigen Jungen und das zehnjährige Mädchen ins Jungvolk zu schicken. Durch ein ausgebautes Kräftefeld innerhalb der Hitlerjugend wird der Einwand von einer körperlichen Überanstrengung von vornherein zunichte gemacht. Es erübrigt sich beinahe, darauf hinzuweisen, daß die Beiträge kein Hemmnis für die Aufnahme eines Jungen oder Mädchens sind; denn seit jeher gehört es zum Prinzip der nationalsozialistischen Jugend, auch den Minderbemittelten den Eintritt in das Deutsche Jungvolk zu sichern. Die schwäbische Hitlerjugend trommelt! Alle Eltern werden den mahnenden Klang der Trommeln zum Aufgebot der Zehnjährigen für den Führer vernehmen.

Meisterprüfung. Vor der Handwerkskammer Stuttgart hat Fritz Mayer, Sohn des Zimmermeisters Fritz Mayer, mit Erfolg die Meisterprüfung im Zimmergewerbe abgelegt. Wir gratulieren! Der junge Meister dient zur Zeit bei den Pionieren in Ulm a. D.

Württemberg

Großer SA-Führer-Appell in Stuttgart

Stuttgart, 10. April. Gruppenführer Ludin hat sämtliche Führer und Unterführer der Gruppe Südwest am 26. April zu einem Appell nach Stuttgart befohlen. Es werden an diesem Tag aus Württemberg und Baden etwa 9000 Führer der SA nach Stuttgart kommen. Dieser vom Gruppenführer angeleitete Appell wird

den Höhepunkt und den Abschluß der Winterausbildung bringen. Zugleich wird er die Richtlinien geben für die ebenfalls in festem Rahmen vorgesehene Sommerausbildung. Für den Sonntag vormittag ist eine interne Arbeitstagung vorgesehene, während am Nachmittag eine Weifestunde von dem kulturellen Wollen der SA Zeugnis geben wird. Diese Feiertage werden über den Reichsführer Stuttgart und die Sender Frankfurt und Freiburg verbreitet werden.

Stuttgart, 8. April. (Sammetreford.) In weniger als 12 Sammetstunden waren die Schmetterlinge der NSB verkauft. Aber in noch einer anderen Beziehung war die Sammlung eine Rekordleistung. Der Anteil Stuttgarts war bei früheren Sammlungen üblicherweise auf 150 000 Abzeichen angelegt und wurde für die letzte Sammlung auf 200 000 erhöht. Sämtliche 200 000 Abzeichen wurden im Kreisgebiet Stuttgart verkauft. Dies ist eine umso bemerkenswertere Leistung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß die bisher größte Sammlung mit 190 000 Stück Abzeichen von der Deutschen Arbeitsfront durchgeführt wurde. Der Ertrag dieser Sammlung wird es der NSB-Volkswohlfahrt ermöglichen, viele erholungsbedürftige Mütter und Kinder für einige Wochen in Erholung zu schicken.

8000 beim Wertungsingen. Der Stuttgarter Kreis, der mit seinen 150 Vereinen der größte des Gau's 16 „Schwaben“ im Deutschen Sängerbund ist, führt unter der Schirmherrschaft von Innenminister Dr. Schmidt in den Tagen vom 29. Juni bis 4. Juli 1936 im Festaal der Lieberhalle ein Wertungsingen durch, dessen Schlußakkord in einer vaterländischen Großkundgebung mit 7000 Sängern und 1000 Sängerinnen am Sonntag, 5. Juli in der Adolf Hitler-Kampfbahn befehen wird. Die 150 Gesangsvereine des Stuttgarter Kreises sehen ihre große Aufgabe in der Leistung ernster Arbeit im Sinne neuzeitlichen Kulturschaffens.

Ausbildungsstätten für Tierärzte. Wie wir erfahren, sind für die praktische Ausbildung der Kandidaten der Veterinärmedizin in der Schlachtoch- und Fleischbeschau sowie in der Lebensmittelüberwachung im Lande Württemberg sieben Ausbildungsstätten bestimmt

worden, und zwar die Schlahtochse in Stuttgart, um, Uffingen, Heidenheim, Heilbronn, Ludwigsburg und Schweningen.

Todesfall. Am Mittwoch verschied nach einer schweren Krankheit im Alter von 63 Jahren der Direktor des Städt. Fuhrparks, Karl Burger. In seiner Amtszeit führte er die Motorisierung der Müllabfuhr und der Straßenreinigung in Stuttgart durch. Die in ganz Deutschland anerkannte vorbildliche Sauberkeit der Straßen der Stadt Stuttgart ist sein Verdienst.

Reutlingen, 9. April. (Semester schluß.) Im Wintersemester 1935/36, das jetzt abgeschlossen wurde, haben 296 Fachschulstudierende und 9 Hochschulstudierende die ordentlichen Kurse besucht. Außerdem wurden Abendkurse für jugendliche Berufsameraden aus den Betrieben des Textilbezirks Reutlingen und Umgebung durchgeführt.

Ulm, 7. April. (75. Geburtstag.) Der schwäbische Schriftsteller Theodor Streicher, der seinen Lebensabend als Reallehrer i. R. in der Vorstadt Söflingen verbringt, feiert am 8. April seinen 75. Geburtstag. Eine Reihe von Gedichten und dramatischen Dichtungen, in denen er mit Vorliebe Stoffe aus der Ulmer Geschichte gestaltete, haben über den Rundfunk und über Vereinsvorstellungen den Weg in die Deffentlichkeit gefunden. Für ein dreitägiges Heimatpiel erhielt er im Jahre 1928 einen Preis der Stadt Reilach.

Friedrichshafen, 7. April. (Sparkassenbuch gestohlen.) Seinen Schlafkameraden bestohlen hat ein hier wohnhafter junger Mann aus dem Oberamt Saulgau, indem er dessen Sparkassenbuch mit 100 RM Einlage entwendete. Bei einer Bank hob er diesen Betrag in Teilbeträgen bis auf 5 RM ab. In Ravensburg, wo wegen seines auffallenden Benehmens seine Inhaftnahme erfolgte, gestand er auch den Diebstahl ein, wegen dessen er sich noch gerichtlich zu verantworten haben wird.

Herausgeber und Verlag: Buchdruckerei und Zeitungsverlag „Bildbader Tagblatt“ Bildbader Badstadt, Bildbad im Schwarzwald (Tsch. D., Bad) D. L. 3. 56. 735. Zur Zeit ist Preisliste Nr. 3 gültig.

Hochwiele

Ostersonntag Wirtschafts-Eröffnung

wozu höflichst einladet
Hermann Schmid

Evangelischer Gottesdienst.

Ostersonntag, den 12. April 1936.
9.30 Uhr Predigt, Stadtpfarrer Dauber, anschließend Feier des hl. Abendmahls (9.15 Uhr Gelegenheit zur Beichte in der Sakristei).

1.00 Uhr Rindergottesdienst.
5.00 Uhr nachmittags Predigt, Stadtpfarrer Schmid.

Ostermontag, den 13. April 1936,

9.30 Uhr Predigt, Stadtpfarrer Schmid.

Spollenhaus.

Osterfest, 9.45 Uhr Predigt, anschließend Christenlehre.

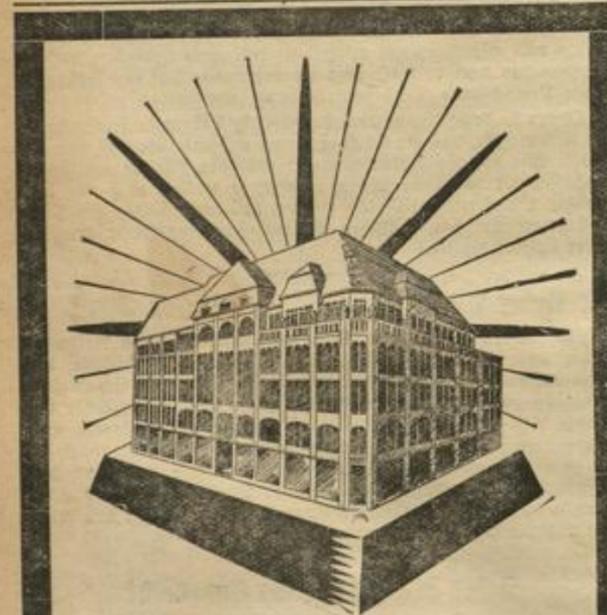
Katholischer Gottesdienst.

Ostersonntag, den 12. April 1936.
7.15 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Hochamt mit sakramentalem Schlußgebet. Abends 8 Uhr feierliche Vesper.

Ostermontag, den 13. April 1936.
7.15 Uhr Frühmesse, 9 Uhr Predigt und Amt, hernach Andacht.

Werttag: 7.15 Uhr hl. Messe.
Beichte Samstag nachmittags von 4 Uhr an, Sonn- und Feiertags in der Früh, Wertags vor der hl. Messe.

Kommunion vor und während der hl. Messe und des Amtes.
Ostersonntag Monatsopfer für die Seelung.



KNOPF

das moderne Kaufhaus
für alle Bedarfsartikel

Pforzheim

Marktplatz



Besucht die praktischen Schulungslehrgänge des Reichsluftschutzbundes. Lernet Euch vor Bombenschäden schützen!

Stadtgemeinde Wildbad i. Schw.

Der Umsatzsteuer-Einzug

für das erste Kalendervierteljahr Januar/März 1936 erfolgt am Dienstag, den 14. April und Mittwoch, den 15. April 1936, je vormittags 9-12 Uhr und nachmittags 2-5 Uhr, in Zimmer Nr. 4 des Rathauses.

Wildbad, den 9. April 1936.

Das Trinkhallenkaffee

ab heute geöffnet!

Ostersonntag und Ostermontag

von 9-12 Uhr abends

TANZ

Liesel Schill

Fritz Kloß

Verlobte

Wildbad, Ostern 1936

Karl Rothfuß

Berta Rothfuß, geb. Keck

grüßen als Vermählte

Wildbad

Oehringen

Ostern 1936

Staatl. Bad Wildbad.

Die neue Trinkhalle

ist von Karfreitag an geöffnet.

Am Ostersonntag vormittags 11-12 Uhr
Trinkhallenkonzert der Stadtkapelle Wildbad.

Am Ostermontag nachm. 4-6 Uhr und am Ostermontag 11-12 Uhr
und 4-6 Uhr: Kleines Orchester.

An beiden Tagen abends 7-9-12 Uhr: Konzert und Tanz
im Trinkhallenkaffee.

Wildbad, im April 1936.

Die staatl. Badverwaltung.

Ostern

vom Schuhhaus

in neuen Schuhen

Wilh. Treiber

Eigene Reparaturwerkstätte!

Hinter Hotel Klumpp
Ludwig-Seegerstr. 17



Gasthaus zum Bahnhof CALMBACH

Ostermontag

Große Tanz-Unterhaltung

(Streichmusik)

Anfang 4 Uhr

Es laden freundlich ein Albert Barth und Frau.

Große Tanne

Ostersonntag

Wirtschafts-Eröffnung

wozu höflichst einladet

Haller und Frau

Zu Ostern empfiehlt

Bisquit-Halen

Bäckerei Rieginger, Rathausgasse

Woll- und Kamelhaar-

Stopp- und Daunendecken

K. Riestler, Bergrieden.

Ev. Kirchenchor.

Heute abend 8.15 Uhr

Probe in der Kirche.

Turn-Verein
Wildbad e. B. 1884

Am Oster-Montag

findet der

Mannschaftskampf

des Turnvereins Wildbad gegen

Turn-Verein Oberhausen

in Oberhausen statt.

Der Turn-Verein verbindet

damit einen

Ausflug nach Oberhausen

und ladet seine Mitglieder

hiezuhöflichst ein.

Treffpunkt: Bahnhof. Abfahrt

1.19 Uhr.

Der Vereinsvorstand.

Osterfrende mit

Hamburger East-Schinken

125 g 38

Blut-Orangen 1500 g 58

Bälder Rotwein 2tr. 48

Unser köstlicher

KAFFEE

und 3% Rabatt

Thams & Garfs

Wildbad Tel. 383



Fußball-Verein Wildbad.

Ostersonntag, nachm. 3 Uhr

Wildbad I.

gegen

Mühlacker I.

Schon für 3 RM
100000 RM
Kern gewonnen in der 1. Klasse
fest jedes 2. Los gewinnt!
Ziehung 1. Klasse 24. April
343 000 Gewinne mit zus. Mark
67 591 680
2 000 000
1 000 000
300 000
100 000
10 000
1000
100
10
1
Strecke Bad Cannstatt
Sportplatz, Ebnethaus Marktstr. 16, Tel. 514 63
Postfachkonto Stuttgart 8153



Willst Du den Boden
blitzblank haben
Nimm Dir
Loba mit dem Raben

LOBA-WACHS u. LOBA-REIZE

